

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gerhard Rösl **3** Regionalgeldausgabe in Deutschland – Eine kritische Betrachtung
- Niko Paech **10** Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie
- Harald Spehl **20** Welchen Beitrag zur Regionalentwicklung können Regionalgelder leisten?
- Johann Walter **26** Staatliche Komplementärwährungen: „dritter Weg“ zwischen Geldreform und dezentralen Regionalwährungen?
- Clarita Müller-Plantenberg **38** Solidarische Ökonomie in Brasilien
- Rike Sohn **46** Die solidarische Sozioökonomie der Banco Palmas in Fortaleza/Brasilien
- Norbert Rost **50** Der Homo Oeconomicus – Eine Fiktion der Standardökonomie
- 59** Bücher – Bericht – Personalien – Hinweise
- 75** 43. Mündener Gespräche

Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie

Niko Paech

Ein viel diskutierter, auch von Kritikern kaum bestrittener Vorteil regionaler Komplementärwährungen besteht darin, räumlich nahe gelegene Wirtschaftskreisläufe zu stimulieren. Verbunden damit sei jedoch der Nachteil, so ein zuweilen erhobener Vorwurf, dass Wachstumschancen eingebüßt würden, weil die komparativen Vorteile des überregionalen Güteraustausches unausgeschöpft blieben.^[1] Dieses aus der realen Außenwirtschaftstheorie stammende Argument verinnerlicht die allbekannte Logik des expansiven Wirtschaftens. Sie ruht auf der längst fragwürdig gewordenen Prämisse, dass weiteres Wirtschaftswachstum notwendig und durchhaltbar sei. Ohne diese Grundannahme bricht die obige Kritik nicht nur zusammen, sondern kehrt sich ins Gegenteil. Unter den Bedingungen einer Post-Wachstumsökonomie gilt eine neue Logik: Wenn keine Zuwächse mehr zu verteilen sind, bedarf es anderer Allokationsmechanismen, insbesondere „de-globalisierter“ (Bello 2005) Versorgungsstrukturen, um eine bescheidenere Ressourcenbeanspruchung mit sozialer Stabilität vereinen zu können. Genau dies leisten Regios. Im vorliegenden Artikel wird zunächst begründet, warum weiteres Wirtschaftswachstum weder erstrebenswert, noch durchhaltbar ist. Sodann werden die Konturen einer Post-Wachstumsökonomie skizziert, zu deren essentiellen Bestandteilen Regios zählen, die mit einer Umlaufsicherung im Sinne „rostender Banknoten“ (Gesell 1920/1991) ausgestattet sind.

1 Das Wachstumsparadigma bröckelt

1.1 Die ökologische Entkopplung versagt auf ganzer Linie

Die Gebetsmühle vom immerwährenden, sozial notwendigen und ökologisch neutralisierbaren

Wirtschaftswachstum bedient sich der Hoffnung auf eine in den Industrieländern angeblich längst einsetzende postmaterielle Epoche. Flankiert von einem Wertewandel, der mit programmatischen Begriffen wie Dienstleistungs-, Informations-, Spaß-, Freizeit-, Erlebnis-, Wissens- oder gar Sinngesellschaft assoziiert wird, soll eine technologische Transformation hin zu wissensintensiven, digitalen, folglich entmaterialisierten oder virtuellen Dienstleistungen die wachstumsgetriebene Moderne retten. Weitere Basisinnovationen wie die Solar-, Wasserstoff-, Nano- oder Gentechnik sollen die bestehende Güter- und Produktionssphäre dergestalt revolutionieren, dass sie die kollabierende Biosphäre nicht länger drangsaliert. Dabei geht es um nichts weniger als die beste aller Welten, nämlich eine Immunisierung unbeschränkter Konsum- und Mobilitätssteigerungen bei gleichzeitiger Wahrung der ökologischen Lebensgrundlagen.

Indes entbehrt die Fiktion eines auf ökologischer Effizienz^[2] und Konsistenz^[3] beruhenden rein „qualitativen“ Wachstums – also der Entkopplung ökonomischer, in Geld gemessener Wertschöpfung von Schädigungen des Naturkapitals – zusehends jeder empirischen und theoretischen Grundlage. Besonders anschaulich wird dies anhand des Klimawandels. Trotz enormer technischer Fortschritte sowohl zur Steigerung der Energieeffizienz als auch zur Nutzung regenerativer Energiequellen nimmt die globale CO₂-Belastung rasant zu. Dies belegt u. a. die Aufsehen erregende Studie des Global Carbon Projects (2007, S. 10290; siehe insbesondere Abb. 2). Die Emissionsintensität der Wertschöpfung, an der sich die CO₂-Entkopplung messen lässt, wird hier in beide Teileffekte zerlegt, nämlich die Entwicklung des durchschnittlichen Primärenergiebedarfs einer Wertschöpfungseinheit (ökologische Effizienz) und die Entwicklung der

Emissionsintensität einer Primärenergieeinheit (ökologische Konsistenz).

Auffällig ist dabei folgendes:

1.: Ein anfänglicher, ohnehin nur schwach ausgeprägter Konsistenzeffekt beginnt sich allmählich umzukehren, d. h. die durchschnittliche CO₂-Intensität einer Primärenergieeinheit steigt im globalen Durchschnitt neuerdings sogar wieder leicht an. Dies kann daran liegen, dass angesichts der Verteuerung des Rohöls die Verfeuerung von Stein- und Braunkohle eine Renaissance erlebt.

2.: Die immerhin während der vergangenen zwei Jahrzehnte signifikante Steigerung der Energieeffizienz, gemessen in Primärenergieinput pro Wertschöpfungseinheit, verliert an Dynamik. Der Grund kann darin bestehen, dass die technischen Möglichkeiten einer Verringerung des Energieinputs pro Konsumaktivität nicht genutzt werden, etwa wenn anstelle einer Verkehrswende zugunsten des ÖPV das genaue Gegenteil eintritt, nämlich z. B. ein Boom sog. „SUV“ (Sport Utility Vehicle) oder ein Wachstum solcher Aktivitäten einsetzt, deren Entmaterialisierung schlicht unmöglich ist wie etwa Flugreisen.

3.: Die sich aus beiden Teileffekten speisende Entkopplung, d. h. die Abnahme der CO₂-Menge pro Wertschöpfungseinheit scheint sich infolgedessen einem Minimum genähert zu haben, während sich das wirtschaftliche Wachstum – verstärkt durch die rasante Entwicklung in China und Indien – gar beschleunigt. Das Resultat ist ein dramatischer Zuwachs an CO₂-Emissionen.

4.: Auch während der vergangenen zwei Jahrzehnte, in denen der Entkopplungseffekt prägnant war, wurde dadurch die Zunahme der absoluten CO₂-Emissionen nicht erkennbar gebremst.

5.: Die auffällige Parallelität zwischen der Entwicklung des global durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens und der absoluten CO₂-Menge legt nahe, dass die Letztere fast ausschließlich vom Wirtschaftswachstum abhängt. Nicht Entkopplung, sondern weniger wirtschaftliches Wachstum wäre demnach das adäquate Mittel gegen den Klimawandel.

6.: Ein Blick auf die ebenfalls vom Global Carbon Project (2007, S. 10291; siehe insbesondere Abb. 4) dargestellte geographische Verteilung der Emissionsentwicklung verrät, dass momentan alle

Weltregionen – wenngleich mit unterschiedlicher Dynamik – einen Anstieg der CO₂-Emissionen verzeichnen.

Folglich findet eine Entkopplung erstens kaum statt bzw. stößt schnell an technische Grenzen und wird zweitens – sollte sie überhaupt eintreten – vom enormen Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens überkompensiert. Dies lässt sich auch anhand anderer Umweltressourcen nachzeichnen. Insoweit sich das grandiose Scheitern einer ökologischen Modernisierung durch technischen Wandel einerseits kaum noch verdrängen lässt, andererseits ein Festhalten am Expansionsdogma (noch immer) viele unterschiedliche Interessen bedient, liegt es nahe, diesen Widerspruch als eine Art „Betriebsunfall“ zu kaschieren, der keineswegs systematisch eintrete, sondern prinzipiell vermeidbar sei, wenn ... ja wenn eben nur noch mehr innovative Anstrengungen unternommen würden. Doch auch der Versuch einer theoretischen Begründung des Glaubenssatzes, dass der technisch induzierte ökologische Fortschritt bald eintreten und eine Wende zum „nachhaltigen“ Wachstum einleiten werde, mutet zusehends widersprüchlich an. Bereits Schumpeter (1934) sah im Innovationsgeschehen den Wachstumsmotor schlechthin. Davon sind auf Entmaterialisierung bzw. Ökologisierung angelegte Neuerungen, zumal Serviceinnovationen im Informations- und Kommunikationsbereich keineswegs ausgenommen.^[4] Das genaue Gegenteil ist der Fall, wie Binswanger (2006, S. 237 ff.) jüngst dargelegt hat: Qualitatives und quantitatives Wachstum sind keine Alternativen, sondern bedingen und verstärken einander!

Aber nicht nur deshalb sind sog. „Reboundeffekte“ – dieser Sammelbegriff umfasst in etwa all jene Phänomene, die zum Fehlschlagen oder zur Wirkungslosigkeit von Entkopplungsmaßnahmen führen – kein Zufall.^[5] Innerhalb eines Systems, dessen einzige Entwicklungsrichtung in der permanenten Expansion von Möglichkeiten liegt, wird selbst die Kritik an dieser „Steigerungslogik“ (Gross 1994; Schulze 2003) letztlich derselben unterworfen, also in die Notwendigkeit weiteren Wachstums transformiert. Den Gipfel erreicht diese Paradoxie dort, wo z. B. Lehner/Schmidt-Bleek (1999, S. 10) nicht davor

zurückschrecken, die negativen Folgen des Wachstums schlicht durch „problemlösendes Wachstum“ therapieren zu wollen. Demnach entspräche die Energiewende einem Wachstum an Biogasanlagen, Photovoltaikelementen, Windkraftanlagen, Passivhäusern, Energiesparbirnen, Hybridautos etc. Solange aber diese Maßnahmen erstens additiv sind und zweitens ihrerseits nie gänzlich ohne Energieinput (insbesondere eingedenk der meist unterschätzten „grauen“ oder „indirekten“ Energie) auskommen, droht ein Dilemma. Denn wenn die zur Entkopplung notwendigen neuen Objekte die bisherigen, weniger nachhaltigen Artefakte nicht ersetzen, resultiert materielles Wachstum. Wenn es hingegen zur „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter 1934), also doch zum Ersatz kommt, folgt wiederum ein Wachstum an materiellen Entsorgungsfällen und obendrein eine Entwertung der in den Objekten gebundenen Energie, die vorher zu deren Produktion aufgewandt wurde.

Und doch existiert eine einfache Lösung für dieses Dilemma: Nicht zusätzliche Hybridautos produzieren, sondern den Autoverkehr reduzieren; nicht zusätzliche Passivhäuser bauen, sondern die vorhandene Gebäudesubstanz energetisch sanieren; nicht zusätzliche Megawattstunden an Windstrom produzieren, sondern diese Strommenge schlicht einsparen etc. Erst wenn auf diese Weise eine hinreichende CO₂-Reduktion erzielt wurde, können die verbliebenen Hardwareobjekte jeweils am Ende einer nicht verlängerbaren Nutzungsdauer im Sinne „stofflicher Nullsummenspiele“ (Paech 2008, S. 159 ff.), d. h. unter Einhaltung einer Obergrenze für die Gesamtbelastung sukzessive durch ökologisch effizientere bzw. konsistentere Varianten ersetzt werden. Diese Strategie entspräche aber keiner Entkopplung, sondern der Antithese zum Wachstumsdogma.

1.2 Befunde der Glücksforschung

Wenn weiteres Wachstum schon nicht zum ökologischen Nulltarif zu haben ist, trägt es dann wenigstens zur Steigerung des subjektiven Wohlbefindens bei? Undifferenziert lässt sich diese Schlüsselfrage schon angesichts des zwei-

ten Gossenschen Gesetzes^[6] nicht beantworten. Demnach nimmt der Grenznutzen einer Konsumaktivität mit zunehmender Quantität ab. Bislang beflügelte diese mikroökonomische Beobachtung allerdings eher das Bestreben, ständig neue Steigerungen der konsumtiven Selbstentfaltungsoptionen entlang qualitativer Dimensionen zu erschließen. Die von Innovationen getriebene permanente Neuerfindung der Konsumgesellschaft schützt diese vor Sättigungserscheinungen und Langeweile. Deshalb erstreckt sich die horizontale und vertikale Expansion des Variantenreichtums auf Produkte, Services, Erlebnisse, Reiseziele, virtuelle Welten, Wellness-Konzepte, die Optimierung des eigenen Körpers oder – sollte die innovative Ideenflut ins Stocken geraten – auf inszenierte Symbol- und Sinnzuweisungen, mit denen alter Wein in neuen, nunmehr kulturell aufgewerteten Schläuchen seinen Reiz entfalten kann. Dennoch sprechen viele Einwände gegen die Binsenweisheit, dass eine konsumvermittelte Steigerung des individuellen Glücks – selbstredend zugleich als Grund und Folge wirtschaftlichen Wachstums – nur eine Frage des Güterdesigns, ansonsten aber nach oben offen ist.

Die seit neuestem auch in den Wirtschaftswissenschaften viel beachtete „Glücksforschung“ führt zur Einsicht, dass eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens ab einem bestimmten Niveau keinen weiteren Zuwachs an Glück stiftet. Eine theoretische Begründung dieses Befundes, der sich für alle modernen Konsumgesellschaften empirisch verifizieren lässt^[7], lieferte bereits Hirsch (1976/1980), der die Grundidee Veblens (1899/1986) weiter entwickelte, wonach der Konsumnutzen vieler Güter symbolischer oder demonstrativer Art ist, also auf sozialem Prestige, Distinktion oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe beruht. Derartige „positionale Güter“ sind von einem Wettbewerb geprägt, „in dem es grundsätzlich um einen höheren Platz innerhalb einer expliziten oder impliziten Hierarchie geht und somit Gewinne für einzelne nur durch die Verluste von anderen möglich sind“ (Hirsch 1976/1980, S. 84). Ein zunächst erheischter Distinktionsgewinn erodiert deshalb mit der Anzahl jener Personen innerhalb des sozialen Referenzsystems, die zunächst

überflügelt wurden, aber infolge weiteren Wachstums aufholen oder gleichziehen. Bereits die Verteidigung, erst recht aber die Wiedererlangung oder gar Steigerung einer sozialen Position setzt somit ständig neue Kaufakte voraus – auch wenn die Konsumobjekte im Hinblick auf ihre physisch-materielle Funktionalität zu keiner begründbaren Verbesserung führen.

Die resultierende Dynamik ähnelt einer „Rüstungsspirale“, weil ein immer höherer Konsumaufwand vonnöten ist, um ein bestimmtes, aber keineswegs dauerhaft steigerbares Glücksempfinden zu gewährleisten. Mit jedem Wachstumsschub können bestimmte Konsumenten ihren Status verbessern. Insoweit dies zwangsläufig zulasten der relativen Position anderer geschieht, wird weiteres Wachstum benötigt, um deren hierdurch gesteigerte Konsumnachfrage zu finanzieren. So beginnt der Zyklus von neuem...

Diese positive Rückkoppelung – Wachstum erzeugt die Notwendigkeit neuen Wachstums – hat weitere Wirkungen, insoweit die Lebenszufriedenheit auch auf zwischenmenschlichen Beziehungen, der Integrität des sozialen Umfeldes, Erfolg und Anerkennung auf Basis eigener Fähigkeiten, Stressfreiheit, Zeitwohlstand, Gesundheit, Sicherheit und einer als intakt empfundenen Umwelt gründet. Eine Glück stiftende Ausschöpfung derartiger Aspekte erfordert kein Geld, sondern Zeit. Andererseits bedeutet die Finanzierung eines immer höheren materiellen Lebensstandards eine Maximierung der Erwerbsarbeit. Folglich verbleibt weniger Zeit für bislang in Eigenarbeit ausgeführte Tätigkeiten, wie z. B. die Kindererziehung, die Pflege des Haushalts oder eines Gartens, die nun ebenfalls in Konsumakte bzw. Dienstleistungen umgewandelt und finanziert werden müssen, was abermals den Bedarf an monetär entgelteter Arbeit erhöht.

Insoweit die Auswahl an Konsumoptionen geradezu explodiert, der Tag aber nach wie vor nur 24 Stunden hat, verschärft sich dieser Konflikt. Um den einzelnen Konsumaktivitäten überhaupt Nutzen abgewinnen zu können, muss ihnen ein Minimum an Zeit gewidmet werden. Damit wird die erforderliche Zeit zu deren „konsumtiver Verarbeitung“ zum Engpassfaktor. „Wir brauchen so viele Dinge, dass wir es uns nicht

leisten können, den besonderen Qualitäten jedes einzelnen viel Pflege und Aufmerksamkeit zu widmen“ (Leiss 1978, S. 54). Das „Viel-Haben tritt in Widerspruch zum Gut-Leben“ (Sachs 2002, S. 214), was erst recht für den Service- und Erlebniskonsum gilt, denn „im Chaos der Angebote wird Freizeit zum Stress“ (Bolz 2003, S. 25). Auch die zur genussvollen Ausschöpfung konsumtiver Stimuli erforderliche psychische Kapazität ist nicht beliebig dehnbar, zumal sie auch von anderen Handlungen beansprucht wird. „To live well means giving things the time they deserve, be it time for children, one’s spouse and lover, one’s friends, or the garden“ (Segal 1999, S. xiv).

1.3 Wachstum zwecks Armutsbekämpfung und sozialer Gerechtigkeit

Gegen die obige Argumentation ließe sich zunächst einwenden, dass sie in erster Linie dort greift, wo die materielle Existenz der meisten Menschen längst gesichert ist, während in „unterentwickelten“ Weltregionen weiteres Wachstum zwecks Armutsbekämpfung vonnöten ist. Aber eingedenk des in vielen ehemaligen Armutsökonomien beobachtbaren „Konsumentenbooms“ (Myers/Kent 2005, S. 19) stellt sich mittlerweile die Frage, ob der Planet nicht eher ein Reichtums- als ein Armutproblem hat. Dafür spricht auch eine an nördlichen Konsumstandards orientierte und deshalb stetig nach oben korrigierte Armutsgrenze. Die EU definiert als „arm“, wer weniger als 60 % des Medianeinkommens seines Heimatlandes zur Verfügung hat. Die Weltgesundheitsorganisation WHO setzt die Grenze bei 50 %. Weiterhin wird Armut zumeist daran gemessen, über wie viel Geld, d.h. welche Konsummöglichkeiten eine Person verfügt. Die Weltbank sieht Menschen, die weniger als 1 US-Dollar (gemessen in Kaufkraftparitäten) pro Tag zur Verfügung haben, als „arm“ an. Durch die politisch geprägte Relativierung und Monetarisierung des Armutsbegriffs wird ein unstillbarer Wachstumsautomatismus – der Logik positionaler Güter folgend! – institutionalisiert, denn die ständige Niveauerhöhung etikettiert bislang akzeptierte Lebensstandards in neue Armut um.

Vor allem werden daseinsmächtige Versorgungsmuster, die (partiell) auf Subsistenz und markt-freien Gütern beruhen, entwertet und als „arm“ diskreditiert, denn sie lassen sich nicht als geld-werte Leistungen erfassen.

Außerdem erweist sich die Strategie, Armut durch Wachstum zu bekämpfen, als ambivalent, insoweit sie eng mit den behaupteten Vorteilen des Freihandels verwoben ist. Demnach soll die Existenzsicherung in Armutsökonomien dadurch verbessert werden, dass diese sich verstärkt auf die internationale Arbeitsteilung ausrichten. Richtungweisend wären dann nicht die inländischen Bedarfsmuster, sondern komparative Kostenvorteile, deren Realisierung Gewinne auf den Weltmärkten verspricht. Wenn die Handelsgewinne aber allein der Besserstellung einer Elite vorbehalten bleiben, kann sich die Situation der ärmsten Bevölkerungsteile im Vergleich zur Autarkielösung sogar absolut verschlechtern. Die Aussage der realen Außenwirtschaftstheorie, wonach Freihandel der Autarkielösung überlegen sei, schließt gemäß des Stolper/Samuelson-Theorems (1941) explizit ein, dass manche Branchen oder Sektoren Verluste hinnehmen. Die „Pointe“ besteht allein darin, dass die Handelsgewinne im makroökonomischen Maßstab die Verluste übertreffen, also das Volkseinkommen netto wächst. Folglich können die Gewinner die Verlierer kompensieren und dabei dennoch einen Einkommenszuwachs erzielen. Theoretisch kann diese Kompensation durch verteilungspolitische Interventionen oder dadurch erfolgen, dass die von den Verliererbranchen freigesetzten Arbeitskräfte von den prosperierenden Sektoren absorbiert werden.

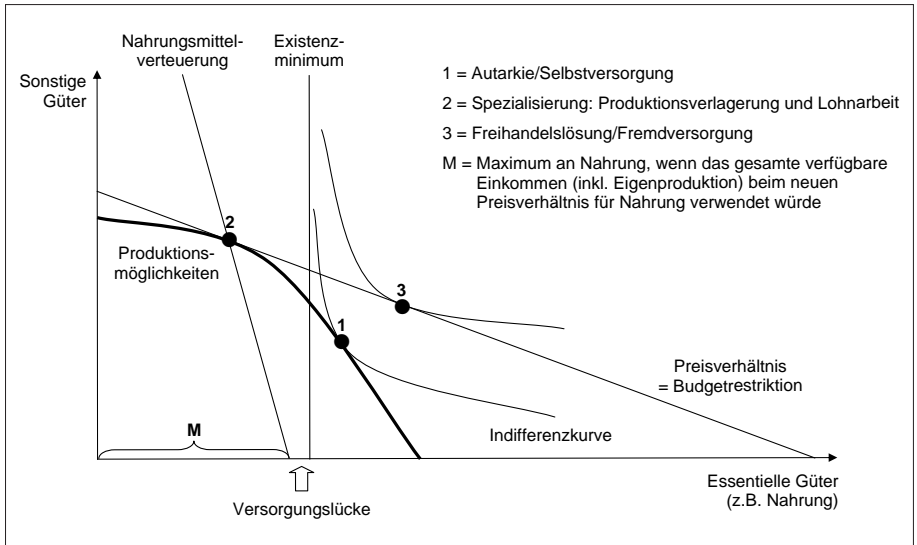
Schuld daran, dass beides systematisch fast nie stattfindet (aus so vielen Gründen, dass deren Auflistung Buchlänge hätte) hat natürlich nicht die ökonomische Theorie, sondern die politische Praxis... Es spricht für sich, dass nun ausgerechnet Samuelson (2004) zu einem Doppelschlag gegen die von ihm selbst begründete „reine“ Lehre ausholt, indem er erstens darlegt, dass unter den Bedingungen der Globalisierung schon die Erzielung von Nettogewinnen durch Freihandel scheitern kann und zweitens bezweifelt, dass dort, wo dies eintritt, eine Kompensation der unvermeidlichen Verlierer des Frei-

handels stattfindet.^[6] Hinzu kommt ein struktureller Effekt, denn mit der überregionalen Arbeitsteilung tritt an die Stelle einer stabilen Selbstversorgung die schicksalhafte Abhängigkeit von einer unkontrollierbaren Marktdynamik. Dies lässt sich anhand einer simplen Darstellung (Abb. 1) erläutern. Hier wird grob vereinfacht zwischen essentiellen und sonstigen Gütern unterschieden. In einer Autarkiesituation (Punkt 1) produzieren die betrachteten Akteure alle benötigten Güter selbst, deren Verfügbarkeit damit unabhängig von Preisverhältnissen und monetärem Einkommen ist. Ausgehend von einer vorhandenen Ressourcenausstattung und Technologie ergibt sich eine Produktionsmöglichkeitenkurve, auf der jener Punkt realisiert wird, in dem sich die höchste Indifferenzkurve, d.h. der höchste Nutzen erreichen lässt.

Um nun die Vorteile des überregionalen Handels auszuschöpfen, bedarf es der Einführung eines Zahlungsmittels, um den Güteraustausch zu einem bestimmten Preisverhältnis effizient abwickeln zu können. In Abb. 1 entspricht das Austauschverhältnis der mit Preisen bewerteten Güter einer fallenden Gerade, die zugleich der Budgetrestriktion entspricht. Die Realisierung von Handelsgewinnen bedeutet, dass im Gegensatz zur Autarkie Produktion und Konsum nicht mehr identisch sind. Im obigen Beispiel lohnt es sich, die Produktion zum Punkt 2 zu verlagern, d. h. es werden weniger essentielle Güter, dafür aber mehr andere Güter für den Export erzeugt werden. Die hierdurch ermöglichte Konsummenge liegt im Punkt 3 und bedeutet eine eindeutige Zunahme des materiellen Wohlstandes. Diese Spezialisierung hat zur Folge, dass die eigene Produktion an essentiellen Gütern nicht nur geringer als die Konsummenge ist, also auf Importen beruht, sondern auch geringer als die zur materiellen Existenzsicherung mindestens erforderlichen Menge.

Wenn sich aufgrund unvorhersehbarer Marktentwicklungen – etwa infolge der Nachfrage nach Bioenergie – ein anderes Preisverhältnis bildet, etwa dergestalt, dass sich die essentiellen relativ zu den anderen Gütern verteuern, ergibt sich eine steilere Budgetlinie. Der bisherige Konsumpunkt ist nicht mehr erreichbar. Mehr noch: Das

Abb. 1:
Autarkie,
Freihandel
und
Existenz-
sicherung



Maximum an essentiellen Gütern, welches finanziert werden kann, wenn die gesamten Exporterlöse dazu aufgewandt werden, liegt unterhalb der zur Existenzsicherung mindestens erforderlichen Menge. Eine Rückkehr zur autarken Produktionsstruktur ist in aller Regel unmöglich, weil der Übergang zur Freihandelslösung das Resultat eines tief greifenden Strukturwandels ist. Um entlang der Produktionsmöglichkeitskurve vom Punkt 1 zum Punkt 2 zu gelangen, werden nicht nur neue Industrien, Produktionsstätten und Infrastrukturen geschaffen, sondern bisherige Versorgungsmuster zerstört: Menschen verlassen soziale Netzwerke, geben bislang bewirtschaftete Flächen auf, entwickeln höhere Konsumansprüche, verlernen Praktiken der Selbstversorgung und erwerben stattdessen Qualifikationen, die zur spezialisierten Erwerbsarbeit befähigen und mit einem urbanen Lebensstil einhergehen. Dieser Wandel ist kurzfristig unumkehrbar, weil ihm nicht nur eine produktionstechnische, sondern infrastrukturelle, soziale und kulturelle Transformation zugrunde liegt.

Folglich wird die verlockende Chance auf Zuwächse an materiellem Reichtum, den ein konsumtiver und zugleich auf spezialisierter Erwerbsarbeit beruhender Lebensstil verheißt, mit einer beträchtlichen sozialen Fallhöhe erkauft. Demgegenüber gewährleisten partiell auf Eigen-

arbeit und lokalen Austauschbeziehungen beruhende Versorgungsmuster zwar einen bescheideneren Güterwohlstand, sind aber von zunehmend komplexeren, globalisierten und deshalb „ferngesteuerten“ Wertschöpfungsketten abgekoppelt. Sen (1982) hat anhand des Verlaufs vergangener Hungersnöte dargelegt, dass Individuen, die ihre Fähigkeit zur (wenigstens partiellen) Selbstversorgung zugunsten einer monetär entgelteten Erwerbsarbeit aufgeben, selbst dann in bedrohliche Not geraten können, wenn in der betreffenden Region genug Güter vorhanden sind, um alle Bewohner zu versorgen. Geldbasierte Fremdversorgung impliziert, dass der Anspruch („Entitlement“) auf Güter allein von der Kaufkraft des monetären Einkommens abhängt. Sowohl Preiserhöhungen als auch Einkommensenkungen können jeweils ceteris paribus die Kaufkraft unter eine Grenze senken, die Sen (1982, S. 47) als „starvation set“ bezeichnet: Das Maximum an Gütern, welches sich ein Konsument auf Basis seines Geldeinkommens und des aktuellen Preisniveaus leisten kann, reicht nicht zur Existenzsicherung.

Dies trifft in der Bundesrepublik auf arbeitslose Personen zu, die erstens kein hinreichendes Vermögen besitzen, um damit die Einkommenslücke zu schließen, und die zweitens weder über Subsistenzpotenziale (eigener Garten, handwerk-

liche Fähigkeiten etc.) verfügen, noch in soziale Netze der nichtmonetären Nahversorgung (Nachbarschaftshilfe, Tauschringe, Community Gardens etc.) eingebunden sind. Allein staatliche Transferzahlungen verhindern ein Absinken in das starvation set. Wenn allerdings zukünftig infolge der sich immer deutlicher abzeichnenden Rohstoffkrise keine Wachstumsraten mehr möglich sind, kommt es auf doppelte Weise zur Eruption des fragilen Fremdversorgungssystems: Es steigt die Anzahl jener, deren Abgleiten in das starvation set nur durch externe Einkommenstransfers verhindert werden kann; zugleich schmälert aber dieselbe Ursache die ökonomische Basis für die nun verstärkt erforderliche Transferleistung. Damit setzt ein sich selbst verstärkender Abwärtsmechanismus ein. Um die latente Angst^[9] vor derlei Szenarien zu verarbeiten, wird gemäß obiger Logik die Flucht nach vorn angetreten, d.h. der Wachstumskurs wird intensiviert. Angesichts der internationalen Konkurrenz, die durch sog. „Aufsteigerationen“ wie Indien, China etc. verschärft wird, erfordert dies eine noch stärkere Spezialisierung und Innovationsorientierung. Weiterhin müssen die damit wachsenden Gütermengen konsumiert werden. Deshalb sorgen neue Produktdesigns, Komfortsteigerungen, Marketingstrategien und entsprechende Inszenierungen für die Steigerung und räumliche Verbreitung eines konsumtiven, also fremd versorgten und zunehmend geldabhängigen Lebensstils. Aber je teurer (notwendiges Einkommen) und energieaufwändiger (materielle Basis zur Produktion) die Aufrechterhaltung dieser Existenzform wird, umso näher rückt eine unausweichliche Eskalation: Einerseits ist das System auf Gedeih und Verderb von Wachstum abhängig, andererseits beraubt sich das Wachstum, weil es nicht von Energie- und anderen Ressourcenverbräuchen entkoppelt werden kann, seiner materiellen Basis.

2 Die Post-Wachstumsökonomie als einzige Alternative

Der Ausstieg aus einer auf Konsum- und damit Geldabhängigkeit beruhenden Wachstumsdynamik bedeutet weder ein Zurück in die Stein-

zeit, noch eine ersatzlose Abschaffung der mit produktionstechnischer Spezialisierung gekoppelten Geldwirtschaft.

2.1 Zwischen Selbst- und Fremdversorgung

Globalisierungsoffer kann letztlich nur werden, wer sich aufgrund eines hohen Fremdversorgungsgrades in die Abhängigkeit von einer Geld speienden Wachstumsmaschine begibt. Das von Technik und ökonomischer Expansion transportierte Modernisierungsversprechen, nämlich die Befreiung von Fremdbestimmung und schicksalhafter Ausgeliefertsein mutiert längst zur Karikatur seiner selbst, wenn Individuen

- infolge von Zeitnot und einer ausschließlich konsum- und industriekonformen Qualifikation nicht mehr in der Lage sind, jenseits der spezialisierten Erwerbsarbeit eigenhändig, manuell und handwerklich zur Existenzsicherung beizutragen,
- jedes Bedürfnis zu einem stetig gesteigerten Konsumbedarf ausformen, sich in einer aus Konsumkrücken, Komfort generierenden Energiesklaven und Dienstleistungen bestehenden Eigentums- und Infrastruktur einrichten.

Die Antithese dazu entspräche einer tendenziellen Wiedererlangung dessen, was Gronemeyer (1988) als „Daseinsmächtigkeit“ bezeichnet. Gemeint ist das sich ergänzende Zusammenspiel zweier Eigenschaften: Eine genügsame Anpassung von Ansprüchen (Suffizienz) an die Möglichkeiten, welche sich aus eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten oder den nahe gelegenen, nicht vermehrbaren Optionen und Ressourcen speisen (Fähigkeit zur Selbstversorgung), kurz: das „Zuhandene zum Hinreichenden“ (Gronemeyer 1988, S. 147) werden zu lassen. Dies impliziert weder Askese noch ausschließliche Subsistenz.

1. „Entrümpelung“ und Entschleunigung: Wer an materiellem Wohlstand und Optionenvielfalt zu ersticken droht, verzichtet nicht, sondern befreit sich von Überflüssigem. Sich klug jenes Ballasts zu entledigen, der viel Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen kostet, aber nur minimalen Nutzen stiftet, bedeutet zugleich mehr Unabhängigkeit vom volatilen Marktgeschehen, von Geld und Erwerbsarbeit, also auch Stressfreiheit.

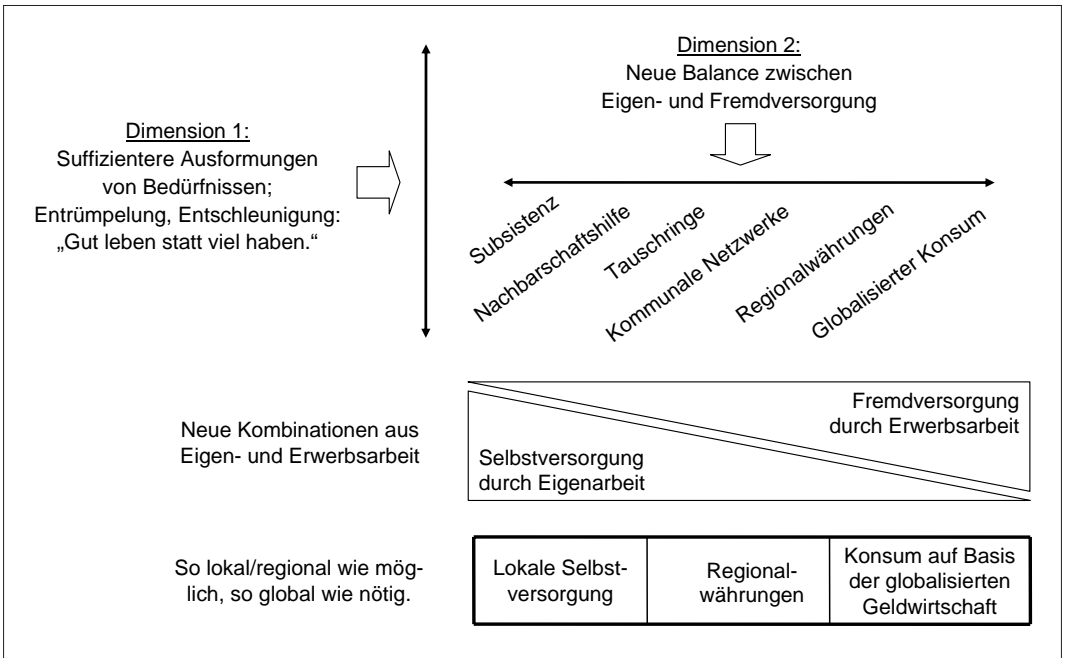


Abb. 2: Konturen einer Post-Wachstumsökonomie

2. Neujustierung der Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung: Die sowohl räumliche als auch technische Distanz zwischen Verbrauch und Produktion zu verringern, heißt nicht zwangsläufig Konsumverzicht, sondern die Fremdversorgung erstens graduell und zweitens punktuell aufzuheben. Zwischen den Extrema der Subsistenz und des Konsums von Produkten, die globalisierten Wertschöpfungsketten entstammen, existiert ein nahezu stetiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade.

Dabei kommt regionalen Komplementärwährungen die Rolle zu, das Spektrum der Versorgungssysteme an entscheidender Stelle zu vervollständigen. Während reine Subsistenzformen zumindest unter den gegenwärtigen Umständen – speziell infolge eines Bildungssystems, das jede Befähigung dazu systematisch zerstört – von begrenzter Praktikabilität und Effizienz sind, wäre der auf globaler Arbeitsteilung beruhende Konsum aus den vorgenannten Gründen eher als Restgröße zu betrachten, dessen Reduktion (wenngleich nicht Abschaffung) anzustreben ist. Als pragmatischer Mittelweg verbinden Regios Spe-

zialisierungsvorteile, die sich nur mittels eines effizienten Zahlungsmittels abschöpfen lassen. Gleichzeitig erfolgt dies durch die Konzentration auf einen regionalen Kontext weitgehend de-globalisiert, also zugleich ökologieverträglicher und sozial stabiler. Der letztgenannte Aspekt verdient besondere Aufmerksamkeit. Indem Regios Kaufkraft von den globalisierten Märkten auf die örtliche Ökonomie lenken, wird die lokale Arbeitsnachfrage gestärkt. Komplementärwährungen befördern auch den Austausch von Produkten, Leistungen und Arbeitsangeboten, die auf kommerziellen Märkten nicht gehandelt werden. Sie erweitern damit jene Wirkung, die von Tauschringen angestrebt wird: Personen, deren Fähigkeiten andernfalls nicht nachgefragt werden, erhalten die Chance, sich zumindest teilweise über Regiokreisläufe zu versorgen.

2.2 Minderung systemimmanenter Wachstumswänge

Geld als Zahlungsmittel ermöglicht den Übergang von einer Subsistenzwirtschaft im Sinne

der aristotelischen „Oikonomie“ zu einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Der Vorteil des Geldes besteht darin, dass nicht der Tauschpartner gefunden werden muss, der das Gut besitzt, das man begehrt und gleichzeitig das Gut begehrt, das man selber zum Tausch anbieten kann. Dies setzt voraus, dass zwischen der Einnahme von Geld und der Ausgabe von Geld Zeit vergeht. Ein Wesenszug des modernen Wirtschaftens, das die Effizienzvorteile der Spezialisierung abschöpft, besteht deshalb in der Notwendigkeit des Investierens. Benötigt wird ein Vorschuss an Geld, das zur Finanzierung der Inputfaktoren vor Aufnahme der Produktion dient. Kapital wird damit zum „Promotionsfaktor“ (Binswanger 2006, 72) der Arbeitsteilung, wobei es sich um Fremd- oder Eigenkapital handeln kann. Für die Entleiherung des Ersteren ist ein Zins zu entrichten; der Einsatz des Letzteren setzt die Ausschüttung einer Eigenkapitalrendite voraus.

Investitionen, die heute getätigt werden, erhöhen sofort das Einkommen der Haushalte. Aber die aus der Investition resultierende Produktionsmenge kann erst später, also in der Folgeperiode abgesetzt werden. „Die Haushalte kaufen daher heute die Produktion von gestern. Auf diese Weise geht die Steigerung der Nachfrage der Steigerung des Angebots voraus“ (Binswanger 2006, S. 312). Der Einkommenseffekt setzt also vor dem Kapazitätseffekt ein. Wenn einerseits die Ausgaben den Einnahmen vorauslaufen, aber andererseits sich beides in Form von Geldzahlungen äußert, kann deren Differenz – also der Gewinn – nur positiv sein, wenn die Zahlungslücke auf der Nachfrageseite durch zusätzliche Nettoinvestitionen ausgeglichen wird, die das entsprechende Einkommen schaffen. Es lässt sich zeigen, dass bereits aus diesem Sachverhalt ein linearer Wachstumsdruck resultiert.

Wird realistischerweise angenommen, dass die periodisch zu steigenden zusätzlichen Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden, für das Zinsen zu entrichten sind, ist sogar exponentielles Wachstum vonnöten, denn die steigenden Investitionen müssen nun neben dem Einkommen zur Finanzierung der erhöhten Produktion die sukzessive steigende Zinssumme abdecken. Um den hieraus resultierenden Wach-

tumsdruck zu mildern, sind verschiedene Ansatzpunkte denkbar, die sich ergänzen:^[10]

- Mit abnehmender Distanz zwischen Verbrauch und Produktion sinken auch die Anzahl spezialisierter Fertigungsstufen und damit das Ausmaß an notwendigen Investitionen entlang der Wertschöpfungskette. Eine möglichst regionale und auf Selbstversorgung basierende Wirtschaft ist weniger kapitalintensiv.

- Der Wachstumszwang sinkt mit der Höhe des erforderlichen Gewinns. Damit zeigt sich ein weiterer Nachhaltigkeitsvorteil tendenziell entkommerzialisierter Ökonomien.

- Eine Reform oder Ergänzung des herrschenden Geldsystems könnte den Wachstumszwang mildern, wenn anstelle des Zinses eine alternative Form der Umlaufsicherung gewählt wird.

Dem letztgenannten Aspekt tragen regionale Komplementärwährungen Rechnung, die als „Schwundgeld“ konzipiert sind.

3 Fazit

Regios tragen mehrfach zur einzig denkbaren wirtschaftlichen Entwicklung bei, die als nachhaltig bezeichnet werden kann, nämlich einer Post-Wachstumsökonomie. Sie sind ein hervorragendes Instrument zur (Re-) Aktivierung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die eine sinnvolle Kombination zwischen der moderaten Nutzung von Spezialisierungsvorteilen einerseits und einer Abkopplung von der wachstumsabhängigen Globalisierungsdynamik andererseits ermöglichen. Zudem erlauben sie, suffiziente Lebensstile mit einem Höchstmaß an sozialer Stabilität zu vereinen. Wenn sie außerdem mit einer Umlaufsicherung im Sinne „rostender Banknoten“ versehen sind, mindern sie zugleich die vom herrschenden Zinssystem induzierten Wachstumszwänge.

Literatur

- Bello, W. (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg.
- Binswanger, H. C. (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktes, Marburg.
- Bolz, N. (2003): Time is on my side – Wie wir zwischen Eigenzeit und Weltzeit oszillieren, in: Steinle, A./Wippermann, P. (Hrsg.): *Trende 2004. Arbeit – Freizeit – Eigenzeit*, München.

- Braungart, M./McDonough, W. (2003): Einfach intelligent produzieren, Berlin.
- Gesell, S. (1920/1991): Die natürliche Wirtschaftsordnung, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjensburg.
- Gossen, H. H. (1854): Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig.
- Gronemeyer, M. (1988): Die Macht der Bedürfnisse, Reinbek.
- Gross, P. (1994): Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt a. M.
- Hirsch, F. (1976/1980): Social Limits to Growth, Cambridge (erschienen in deutscher Übersetzung als „Die sozialen Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1980, Reinbek).
- Huber, J. (1995): Nachhaltige Entwicklung, Berlin.
- Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Leiss, W. (1978): The Limits to Satisfaction, London.
- Myers, N./Kent, J. (2005): Die neuen Konsumenten in Entwicklungs- und Transformationsländern und der Einfluss ihres Wohlstands auf die Umwelt, in: Natur und Kultur, 6/1, 3-22.
- Paech, N. (2005a): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt?, in: Natur und Kultur 6/1, S. 52-72.
- Paech, N. (2005b): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg.
- Paech, N. (2007a): Angst essen (ökologische) Seele auf, in: Lang, E./Busch-Lüty, C./Kopfmüller, J. (Hrsg.): Wiedervorlage dringend. Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit, München, S. 227-229.
- Paech, N. (2007b): Woher kommt der Wachstumszwang?, in: Gaia 16/4, S. 299-300.
- Paech, N. (2008): Innovationsstrategien auf Basis stofflicher Nullsummenspiele als Beitrag zur Corporate Social Responsibility, in: Müller, M./Schaltegger, S. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility – Trend oder Modeerscheinung?, München, S. 159-173.
- Raupach, M. R./Marland, G./Ciais, P./Quere, C. L./Canadell, G. C./Klepper, G./Field, C. B. (2007): Global and Regional Drivers of Accelerating CO2 Emissions, in: Proceedings of The National Academy of Sciences of the USA, S. 10288-10293.
- Rösl, G. (2008): Schwachpunkte der Freigeldlehre und der Regionalgeldmodelle, in: Weis, M./Spitzek, H. (Hrsg.): Der Geldkomplex, Bern/Stuttgart/Wien, S. 242-257.
- Sachs, W. (2002): Nach uns die Zukunft, Frankfurt a.M.
- Samuelson, P. A. (2004): Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization, in: The Journal of Economic Perspectives 18/3, S. 135-146.
- Scheer, H. (1999): Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München.
- Segal, J. (1999): Graceful Simplicity, New York.
- Schulze, G. (2003): Die Beste aller Welten, München/Wien.
- Schumpeter, J. A. (1934): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 4. Aufl., Berlin.
- Sen, A. (1982): Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation, Oxford.
- Stolper, W. F./Samuelson, P. A. (1941): Protection and Real Wages, in: Review of Economic Studies, 9, S. 58-73.
- Veblen, T. (1899/1986): Theorie der feinen Leute, Frankfurt a.M.

Anmerkungen

- [1] Vgl. Rösl (2007, S. 254 f.).
- [2] Damit ist gemeint, die Quantität an ökologisch relevanten Ressourcen zu reduzieren, die als Input für ein bestimmtes Ergebnis dienen. So kann z. B. durch Energiesparbirnen der benötigte Strom für eine bestimmte Beleuchtung oder durch Car-sharing die Menge an Autos zur Bewältigung einer bestimmten Mobilitätsleistung reduziert werden. Weitere Beispiele finden sich u. a. bei Schmidt-Bleek (2007).
- [3] Damit ist gemeint, die Qualität der verwendeten Ressourcen dergestalt zu verändern, dass auch ohne Einsparung möglichst kein ökologischer Schaden entsteht. So kann z. B. Ökostrom für die Beleuchtung oder Biosprit für den PKW verwendet werden, um ohne Verbrauchsreduktion dennoch keine CO₂-Emissionen zu verursachen. Weitere Beispiele finden sich u. a. bei Huber (1995), Scheer (1999) oder Braungart/McDonough (2003).
- [4] Vgl. Paech (2005a, b)
- [5] Vgl. Paech (2005a, b).
- [6] Vgl. Gossen (1854).
- [7] Vgl. z. B. Layard (2005).
- [8] Die zweite Aussage ist nicht direkt in dem hier zitierten Artikel, wohl aber in etlichen aktuellen Interviews (FAZ, Spiegel, ZEIT) nachzulesen.
- [9] Zur Frage, inwieweit Angst zum Treiber für eine expansive wirtschaftliche Entwicklung wird vgl. Paech (2007a).
- [10] Vgl. Paech (2007b).

„Ökonomie der Stetigkeit“

„Die Ökonomie der Stetigkeit verlangt eine gründliche Umorientierung von Wissenschaft und Technik. ... Immer größere Maschinen, die immer größere Zusammenschlüsse wirtschaftlicher Macht bedingen und immer größere Gewalt gegen die Umwelt anwenden, stellen keinen Fortschritt, sondern eine Verneinung der Vernunft dar. ... Die Technologie erkennt keinen Grundsatz der Selbstbegrenzung an – beispielsweise im Hinblick auf Größe, Geschwindigkeit oder Gewalttätigkeit. ... Was wir heute in der modernen Industriegesellschaft haben ..., befindet sich in sehr großen Schwierigkeiten und hat keine Zukunft. Wir müssen einfach den Mut haben zu träumen, wenn wir weiterleben und unseren Kindern auch diese Möglichkeit geben wollen. Die Krise verschwindet nicht, wenn wir einfach wie bisher weitermachen. Sie wird schlimmer werden und zur Katastrophe führen, wenn wir nicht eine neue Lebensweise entwickeln, die mit den wirklichen Bedürfnissen der Menschennatur vereinbar ist, mit der Gesundheit der lebenden Natur um uns herum und mit den Rohstoffvorräten der Welt. Was wir brauchen: eine Technologie mit menschlichen Zügen.“

Ernst Friedrich Schumacher, Small is beautiful – Die Rückkehr zum menschlichen Maß, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 29 und 132-144.